

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark.
ausfall. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einmaligen Zeitungserwerb unter
Einschluss der Zustellungsgebühr.
Anzeigen eingegangene Manu-
skripte sind keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Redaktion. Halle-
Zeitung Nr. 1140, der Sachsen-
Zeitung Nr. 1418, der Zeitschrift
Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Überausfünftägster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 3 gepulverte 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Resten
die 24 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
Halle. Erscheinungstag 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schlussfrist und Haupt-
schlusstermin: Halle, Neue Drome-
nede 1a, Gr. Brauhausstr. 17.
Anzeigenstellen: Halle
Wirtschaft 22 und Markt 24.
Postfach-Nummer Leipzig Nr. 4609.

Nr. 234.

Halle, Freitag, den 21. Mai 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes.

Noch immer Putschgefahr.

Belagerungszustand und Kabinettskrise.

Berlin, 21. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, wird die Regierung heute vor der Nationalversammlung in Sachen des Belagerungszustandes eine Erklärung abgeben. Die sozialdemokratische Fraktion wird früh um 9 Uhr vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Angelegenheit erörtern. Von einem Rücktritt einzelner Minister oder von einer allgemeinen Kabinettskrise sei bis jetzt aber nichts bekannt. In parlamentarischen Kreisen werden damit gerechnet, daß es zu einem Rücktritt des einen oder des anderen Ministers nicht komme. Es wird darauf hingewiesen, daß in dem Antrage ja nur von einem Ersuchen die Rede wäre. Dieses Ersuchen lege eine Prüfung von Seiten der Regierung voraus. Andererseits wird gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es sich hier bei in erster Linie mehr um eine politische als um eine juristische Angelegenheit handelt. Endlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß die Reichsregierung ja schon seit längerer Zeit befreit war, den Ausnahmezustand überall da aufzuheben, wo die Aufrechterhaltung unnötig erschiene. In diesem Sinne haben hier kürzlich Botsprechungen mit dem süddeutschen Ministerpräsidenten stattgefunden, von denen der Reichsanzeiger in seiner Nürnberg-Rede Mitteilung gemacht hat.

Berlin, 21. Mai.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 45 Minuten.

Anfragen.
Auf Anfrage Franz Grünberg (Soz.) wird regierungsgewillt die Schaffung eines einheitlichen Hausrechtswesens in Aussicht gestellt.
Auf Anfrage Jäger (Soz.) wegen Sprengungen an der Rheinbrücke bei Düsseldorf durch die Belgier wird regierungsgewillt geantwortet, daß Vorstellungen wegen Einstellung der Sprengungen erhoben worden sind, über deren Resultat noch nichts gesagt werden kann.

Reichsminister M. G.: Die Reichsregierung ist gestern durch einen Beschluß der Nationalversammlung ersucht worden, den Ausnahmezustand aufzuheben. Die Regierung hat die Frage gestern einer vorläufigen Prüfung unterzogen. Sie hat in den letzten Tagen Nachrichten erhalten, die auf rechtsseitige revolutionäre Bestrebungen hinweisen. Auch die Instabilität der Lage, besonders im Ruhrgebiet, ist noch nicht beseitigt. Dort schweben auch noch zahlreiche Verfahren.

Im Ruhrgebiet kann daher der Ausnahmezustand noch nicht aufgehoben werden. Ebenso in Ostpreußen, wo geistliche Zustände erst durch die Wahlen am 30. Mai hergestellt werden sollen. In Bayern sind Erleichterungen geplant. Während der Wahlen soll volle Versammlungs- und Pressefreiheit gewährt werden. Die endgültigen Prüfungen im Laufe der Woche werden ergeben, ob weitere Erleichterungen möglich sind.

Abg. Senke (N. S.): Diese Auslegung unserer getragenen Beschlüsse ist ein glatter Bruch der Verfassung. Die Erklärung der Reichsregierung nötigt uns, zu beantragen, daß die Nationalversammlung der Regierung das Vertrauen entzieht.

Reichsminister Koch: Von einem Verfassungsbruch kann keine Rede sein. (Zurufe bei den Unruhigen.) Die Regierung ist reaktionär! Gehen Sie zu Müller-Meininger! In Ostpreußen liegt ein Verfassungsbruch der Unabhängigkeit vor. Die anderen Parteien haben sich beschwerend über den Reichsregierung gewandt. Die Verhältnisse in Ostpreußen sind der dortigen Regierung am besten bekannt. Wir sind bereit, mit der bayerischen Regierung wegen weiterer Erleichterungen zu verhandeln. Die Reichsregierung wird sich von dem geraden Wege weder von rechts noch von links abbringen lassen.

Abg. Senke (N. S.): Wir haben keine Garantien dafür, daß der Belagerungszustand nach den Wahlen aufgehoben wird.

Präsident Fehrenbach: Der Antrag hat nur 13 Unter-
schriften. Es müßten 15 sein. Die Unterfertigten zeichnen nicht aus. Damit ist die Sache erledigt. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Ergebnis werden Mitteilungen des Rechnungshofes zur Reichshaushaltsrechnung 1919.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und betreffend die Stellung der Herzoglichthümer.

Abg. von Gräfe (N. S.) beantragt Abweisung von der Tagesordnung.

Abg. Vöbe (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Die Linie ist sehr stark besetzt, die Mitte des Hauses weniger, die Rechte ist fast leer.
Mit Ja stimmen 3 Abgeordnete, mit Nein 208. Anwesend sind 211 Mitglieder. Zur Beschlußfähigkeit sind 212 nötig.

Präsident Fehrenbach beräumt die nächste Sitzung auf 11 1/2 Uhr an mit der Tagesordnung Entgegennahme einer Kundgebung des Reichspräsidenten.
Schluß 11 Uhr 5 Minuten.

Geldstrafe und Geldentwertung.

Von Justizrat Hamberger.

Die Geldstrafen, die auf Grund des Strafgesetzbuches von 1871 verhängt werden, entsprechen jetzt ihrem Nennwert nicht mehr. Eine Strafe von 500 Mark bedeutet nach dem heutigen Wert des Geldes höchstens 100 Mark. Also besteht die Strafe ihren Zweck und die Staatssache wird um den größten Teil befreit, was ihr nach der Absicht des Gesetzes zumutet geschädigt, zum Vorteil der Übertreter des Gesetzes.

Die in ihrer wirtschaftlichen Wirkung überhaupt zu wenig beachtete Geldstrafe ist von jeder ein Merkmal der Strafschärfung gewesen, noch immer steht im Vordergrund der Strafschärfung die nicht nur unrichtig, sondern nach jeder Richtung schädliche Freiheitsstrafe. In meiner Schrift: „Geldstrafe statt Gefängnis“ (Reinhold Entz, Stuttgart, 1917) habe ich empfohlen, die Geldstrafe durch Verdrängung zu ermächtigen, in allen Fällen, in denen sie auf jedes Monat Gefängnis oder weniger erkennen können, eine möglichst hohe Geldstrafe auszusprechen, und zwar nicht nur im Finanzinteresse, sondern zur besseren Erreichung des Strafzweckes und zur Verhütung der Zunahme der Verbrechen. Schon in dieser Schrift wurde darauf hingewiesen, daß der Wert des Geldes seit Abschaffung des Strafgesetzbuches auf die Hälfte gefallen sei, so daß die festgesetzten Höchststrafen nicht mehr den ursprünglichen Absicht entsprechen. Selbst dem fest dem Jahre 1917, ist der Wert des Geldes noch weit mehr gefallen, im Durchschnitt auf den fünften Teil im Verhältnis zum Durchschnitt. Deswegen müssen m. E. sämtliche im Strafgesetzbuch vorgezeichneten Höchstgrenzen auf den zehnten Teil des ursprünglichen Betrag erhöht werden. Dann kann wegen Körperverletzung auf 10 000 Mark statt 1000, wegen Beleidigung auf 6000 Mark statt auf 600, ebenso wegen Mordung auf 6000 Mark statt auf 600 erkannt werden. Dann erst wird der Richter in den Entscheidungen, eine den heutigen Verhältnissen entsprechende, gerechte Strafe zu verhängen.

Von der Verhängung wird hoffentlich ausgiebiger Gebrauch gemacht werden. Bisher haben die Gerichte, soweit meine Erfahrung reicht, zu wenig das finanzielle Staatsinteresse berücksichtigt, das doch unübersehbar in der an die Staatskasse abzuführenden Geldstrafe neben dem Strafzweck enthalten ist. Wenn man bedenkt, daß schon im Jahre 1907 über 258 000 Mark Geldstrafen im Reichsgebiet ausgesprochen sind, daß die Zunahme der Verbrechen seit der Kriegszeit leider eine ganz gewaltige ist, so ist es klar, eine wie reiche Einnahmequelle die Strafschärfung erschließen kann und soll, ohne ihren hohen nächsten Zielen irgendwie unterzu zu werden.

Wollte man mit der empfohlenen Veränderung des Strafgesetzbuches bis zu der in Aussicht gestellten Reform des Gesetzes warten, die in jedem Fall noch Jahre in Anspruch nehmen wird, so würden ungeachtet Millionen jährlich auf diesem Gebiet der Gesamtheit entzogen, zu rechtloser Bereicherung derjenigen, die sich gegen das Gesetz vergangen haben.

Vor der Bildung des Kabinetts Nitti.

Lugano, 21. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Das harte Herz der katholischen Volkspartei hat sich endlich erweichen lassen. Sie hat an Nitti einen aus verlässlichen Punkten bestehenden Wunschzettel gefordert, in welchem vor allem die Anerkennung der weichen Arbeiterorganisationen und deren Zulassung zum Arbeitgeber, ferner wirtschaftliche Maßnahmen zugunsten der Landarbeiter verlangt werden. Nitti nahm diese Forderungen an, und so dürften wahrscheinlich zwei Mitglieder dieser Partei als Minister und ebenso viele als Unterstaatssekretäre in das neue Kabinet Nitti eintreten. Die Parteien der Linken sind im Begriff, als Gegengewicht gegen die katholische Volkspartei einen demokratischen Block zu bilden, welcher im Einvernehmen mit der katholischen Volkspartei ein Programm der dringlichen Reformen durchzuführen soll.

Beuflrow hier in Russland??

London, 20. Mai. Der „Daily Telegraph“ hat ein Telegramm aus Russland erhalten, auf Grund dessen General Beuflrow der frühere Oberkommandierende der russischen Armee, vorläufig die oberste Gewalt, die bis jetzt in den Händen Venins und anderer Volkskommissare gelegen hat, an sich genommen hat. Dies würde eine Befestigung der „Wolfsrad Press“ sein, in dem es hieß, daß demnach die militärischen Behörden in Russland wieder die Herren sein würden.
Die Nachricht ist mit aller Vorsicht aufzunehmen.

Saas, 21. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Meldung des „Daily Telegraph“, daß Beuflrow die oberste Gewalt in Russland übernommen habe, ist zu bemerken, daß in dem Telegramm des „Daily Telegraph“ nichts von einer allgemeinen Diktatur, sondern nur von einer Militärdiktatur die Rede war. Beuflrow und Volkmanow spielen jetzt im Obersten Kriegsrat die erste Rolle, während die Volkskommissare dort in zweiter Linie in Frage kommen.

Was Deutschland fordern will und muß.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Volks-Anz.“ gibt folgende Zitierte Meldung unter Vorbehalt wieder: Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ drückt seinem Blatte, daß die deutsche Regierung unbedacht des Vertrages von Versailles die Richtlinien für die deutsche Haltung in Spa vereinbart habe. Deutschland wolle nunmehr folgende Anträge einbringen: 1. Eine neue Anstellung über die Kriegsentwädigung und den Zahlungsmodus. Die deutsche Regierung will dabei auf die große Bedeutung hinweisen, die ein etwaiger Verlust Oberitaliens für die deutsche Zahlungsfähigkeit haben müßte, da Deutschland in diesem Falle weder Kosten ausführen, noch seinen Anteil an Wiederaufbau Frankreichs beitragen könnte. 2. Will die deutsche Regierung nachweisen, wie notwendig für Deutschland ein Teil seiner Kolonien sei. 3. Will es die Unerschlichkeit eines Kredites zur Beschaffung von Rohstoffen darlegen. Der 4. Antrag beschäftigt sich mit den Transportfragen und den Frachtenbestimmungen. Ein Antrag 5 wird die Notwendigkeit betonen, die alliierten Besatzungstruppen zu verringern und die Zahlung in Gold statt in Funten. Wenn die Entente die Verbindungen annehme, so würde sich Deutschland dazu bereit erklären und in der Lage sein, die verwüsteten Gegenden Frankreichs wieder aufzubauen und es wolle dazu deutsche Arbeitskräfte verwenden. Schließlich verlange Deutschland noch die Erlaubnis, ein Heer von 200 000 Mann halten zu dürfen und die sofortige Zulassung zum Vollerwerb.

Amerika für Deutsch-Oesterreichs Anfluß an Deutschland.

Wien, 20. Mai. Wie die Korrespondenz Herzog aus Innsbruck meldet, sprach sich in einer sehr hart belustigten Versammlung der amerikanischen Obersten Kommission für die Rückgabe Deutsch-Oesterreichs aus. Emerson erklärte ferner, er wie auch Hoover seien der Ansicht, daß der Anfluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland die einzig annehmbare Lösung des Wärmars in Mitteleuropa sei; auch die amerikanische Regierung nehme in der letzten Zeit eine ähnliche Stellung ein.

Die Versammlung schloß mit einer erhebenden Kundgebung für den Anschluß ganz Tirols an Deutschland.

Die Clausenlinie Deutschlands Nordgrenze?

Kopenhagen, 20. Mai. Die „Socialdemokrater“ mitteilt, daß die Volksräterkonferenz den Antrag Claudens, vier Kirchspiele der zweiten Zone zu der ersten Zone zuzuschlagen und damit nach Dänemark einzugemeinden, abgelehnt. Die Konferenz hat demnach die sogenannte Clausenlinie als Deutschlands Nordgrenze anerkannt.

Das Mandat für Danzig.

Danzig, 21. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Eigenem Vernehmen nach ist Norwegen vom Obersten Rat der Alliierten ersucht worden, das Mandat des Völkerbundes über Danzig zu übernehmen. Die norwegische Regierung hat aber abgelehnt. Wie verlautet, hat sich keine andere Macht bereit erklärt, das Mandat zu übernehmen und so besteht die Gefahr, daß es Polen zufallen wird. Wie weiter gemeldet wird, räumen die englischen Truppen Danzig am 1. August, die Franzosen am 1. September. Der englische Oberkommissar teilte gelegentlich mit, daß England nur noch geringes Interesse an Danzig habe.

Gewaltige deutsche Kundgebungen in Westpreußen.

Königsberg, 21. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) In Sühn im westpreussischen Abstimmungsgebiet fand am letzten Sonntag eine aus allen Teilen des Kreises Stuhm überaus hart besuchter Kundentag statt, der sich zu einer gewaltigen Kundgebung der Bevölkerung für das Deutschstum gestaltete. Dieser erstensliche Verlauf der Versammlung ist insofern besonders beachtenswert, als der Kreis als der bei der Abstimmung am härtesten gefährdete gilt.

Einigung im Werstarbeiterstreik.

Sambuz, 21. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Im Streit auf den Hamburger Werften hat das unter dem Vorsitz des Kommissars des Reichsarbeitersministeriums Dr. Weigert zusammengetretene Schiedsgericht einen Spruch gefällt, den beide Parteien angenommen haben. Die Arbeiter und Anzeckellen werden heute die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Partei des Ausgleichs.

Welchen Berufungen gehören die ersten 93 Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei an?

Die Deutsche Demokratische Partei list, wie Reichsminister Koch in einem Manifest jüngst gesagt hat, eine Partei des Ausgleichs. Durch harmonische Zusammenarbeit von Vertretern aller Volkstufen führt sie im Parlament den Gegensatz der Interessen der verschiedensten Stände zu mildern und dadurch das Wohl des Ganzen zu fördern. Wie ernst es der Partei mit diesem Streben ist, leht vor allem ein Blick auf die Berufung, denen die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei in den einzelnen Wahlkreisen entnommen sind. Das sind die ersten drei Plätze aller Wahlkreislisten.

Nach der neuen Wahlkreisinteilung für die bevorstehenden Reichstagswahlen ist das Reich in 35 Wahlkreise eingeteilt. In drei von diesen 35 Wahlkreisen — in Oldenburg, in oberpreussischen Regierungsbezirk Pommern und in Schleswig-Holstein — finden mit Rücksicht auf die noch ausstehende Entscheidung über die weitere Zugehörigkeit zu Deutschland die Reichstagswahlen erst nach dem 22. September d. d. d. Wahlen in den Reichstagswahlkreisen der Deutschen Demokratischen Partei unter einer gemeinsamen Liste aufgestellt. Für die Wahlen am 6. Juni kommen also 31 demokratische Wahlkreislisen der Partei in Betracht und auf ihren ersten drei Plätzen 93 Kandidaten.

Welchen Berufungen entnommen diese 93 demokratischen Kandidaten der ersten drei Plätze?

Da sind zunächst 9 Frauen aufgestellt: neben den bisherigen Mitgliedern der Nationalversammlung Dr. Gertrud Bäumer, Dr. Marie Elisabeth Fiebers und Frau Baum nach Frau Feuß-Knappe sind Rosamund II, Frau Pfele-Schmitt und Frau Heckerling, Frau Adel für Hamburg, Frau Adler für Düsseldorf, Frau Krieger Deutsch für Düsseldorf-West und Frau Käse für Leipzig.

14 Vertreter der Landwirtschaft sind neben den bisherigen fünf Mitgliedern der Nationalversammlung, den Wg. Dr. Böhm, Koch-Merleburg, Schmidt als, Wachholdt die Werte, Kerschbaum sind für die Reichstagswahlen auf einer der drei ersten Stellen aufgestellt: die neun Kandidaten sind für Potsdam I, Bamberg für Thüringen, Drenowoh für Oldenburg, Triesehmann für Helgen-Raffau, P. Will für Köln-Nadren, Pies für Koblenz-Trier, Stritt für Mecklenburg, Schauer für Chemnitz und Sanger für Baden.

19 Vertreter von Industrie und Handel lassen das lebhafteste Interesse an der Partei für die Reichstagswahlen kennen. Vertreter der Industrie sind neben den bisherigen Wg. Wagn. R. Köstlich, Wieland, ferner Karl Friedrich von Siemens für Berlin, Fabrikdirektor John für Steinhilber, Geh. Regierungsrat Brenzel für Weiskalen-Süd, Wg. für Düsseldorf-W. Ost.

Vertreter des Handels sind neben den Abgeordneten Dr. Dernburg die beiden früheren Abgeordneten Dr. W. Eber für Dresden-Bautzen und Oskar G. Günther für Chemnitz-Hilfau, sowie der Vertreter des Kleinhandels Verbandshilfs Buell für Hamburg. Angehörig der Bedeutung unserer Schiffahrt sind neben den Wiedererwählten unserer Handelsflotte ist besonders für die Abwehrkreise wichtig die Auffstellung von Dr. Studmann an erster Stelle für Weiskalen-Süd.

4 Vertreter des Handwerks neben 9 Beamten und Angehörigen befinden das Interesse der Partei für die Reichstagswahlen. Die vier Beamten sind neben dem bisherigen Wg. Handwerksammerhilfs Herrmann, Heitlingen Schornsteinfegermeister v. Camben für Oldenburg, Malermeister Krüger für Weiskalen-Süd und Maurermeister Gertrud-Eberhagen.

9 Beamte und Lehrer stehen auf einem der ersten drei Plätze einer Kandidatenliste. Vertreter der Beamten sind die bisherigen Abgeordneten Debus, und Kammerer, sowie Eisenbahnreferent Wagner für Breslau, Gewerkschaftsreferent Albert für Koblenz-Trier und Hofverwalter Klein für die Pfalz. Die vier Lehrer sind Wg. Schulze Weiß, Heitor Rosch für Steinhilber, Oberhauptredirektor Dr.

Wähler für Pomern und Oberlehrer Babbe für Westfalen-Süd.

3 nationale Beamte sind Wg. Oberbürgermeister Dominicus-Schönborg für Weiskalen-Nord und Bürgermeister Scheu (Wfslg).

Neben zwei Diplomaten dem Wg. Prof. v. Kistler-Hofen und dem früheren Reichsminister in Washington Grafen Bernstorff für Düsseldorf-West sind gegenwärtig unter den 93 demokratischen Kandidaten.

10 Arbeiter oberer Reichs- und Staatsamter: Reichs-Minister, Koch, die Minister Hamann, Müllers, Köhne für Weiskalen-Süd, Siefobidig, Scherwin, Dietrich-Baden, Senator P. J. von Hamburg, Stadtrat Haas-Keilow, Oberpräsident P. J. Mann-Stettin, Regierungspräsident Bohm in Magburg, Ministerialdirektor Dehne-Dresden. Dazu sind noch der frühere Reichsfinanzminister Götze, der frühere Staatssekretär Conrad Hausmann und der Schöpfer der Reichsverfassung Prof. Breuß zu zählen.

7 Vertreter von Arbeitern und Angehörigen leben an höheren Plätzen: der Wg. Schneider-Schäfers nach im Reichstags wird die in der Nationalversammlung die Interessen der Privatangehörigen wahrnehmen. Neben den Abgeordneten Hartmann, Siegler und Erlens sind Arbeitervertreter der Handelsabgeordnete Kiesel für Frankfurt a. L., Eisenbahnreferent Hilberg für Helgen und Gewerkschaftsreferent Gieseler für Düsseldorf-West.

5 Richter und Anwälte sind auf den Wahlkreislisen neben den bisherigen Abgeordneten Haß, Grodahn und Meisner die beiden Anwälte Dr. Schreiber für Merseburg und Zimmermann für Koblenz-Trier. Der Wg. Dr. Köhler-Landlitzler für Steinhilber, der Prof. Erzell für Helgen.

6 Vertreter von Hochschulen: neben dem Wg. Prof. Schäfer die Professore für Gesandtschaft für Thüringen, Wilm-Gannover für Hildesheim, Helldorf-Darmstadt für Helgen und Walter Goeß für Leipzig, sowie 7 Schriftsteller und Redakteure verantwortlichen die Leberliterat über die demokratischen Kandidaten auf den ersten drei Plätzen der Wahlkreislisen. Diese 7 Schriftsteller und Redakteure sind neben Dr. Damach für Frankfurt a. L., die sechs bisherigen Abgeordneten: Ruloff, Dr. Wagner, Weinhausen, Heile, Prof. Neumann-Göfer und Prof. Herrmann.

Mit besonderem Nachdruck muß hervorgehoben werden, daß die Wahlkreislisen der einzelnen Wahlkreise ein erfolgreiches Ergebnis für die hohe Bedeutung der Technik im Wirtschaftswesen erkennen lassen. Fünf Vertreter der Technik sind aufgestellt: die bisherigen Wg. Dr. Rafsig und Wieland, sowie die Herren von Siemens, Prof. Hum und Prof. Heidebrock.

Mit dieser Aufzählung der Kandidaten, die nur die ersten drei Plätze der Wahlkreislisen beschäftigt sind und die in der Reichstagsliste eine wirkungsvolle Ergänzung bilden, beweist die Deutsche Demokratische Partei, daß sie ist und bleiben wird eine Partei des Friedens im Kampf der einander interessierenden Interessen, eine

wahrhafte Partei des sozialen Ausgleichs.

Französische Sprachpropaganda im Rheinland.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Bingen geschrieben: Unter General Mangin wurde alsbald nach der Befehung im kaiserlichen Deutschland der zwangsweise französische Sprachunterricht in allen Volkshäusern angeordnet. Dieser Zustand hat nach 4 Jahre gebauert, bis er vor einigen Wochen aufgehoben wurde. Indessen muß darauf hingewiesen werden, daß seit der Propaganda für die sogenannte „freiwillige“ französische Sprachkunde“ verhängt einlechte, um so weitzumachen, was durch das Aufheben des offiziellen Sprachzwanges verloren gehen konnte. Es wird dabei von den Franzosen systematisch vorgegangen, indem einmal die Erwachsenen herbeizogen werden, andererseits die Kinder, die eben die Schule verlassen, in Kurien unterrichtet werden. Die Gemeinden können gegen diese Einrichtungen nicht ankämpfen, da die Kurie unter militärischer Leitung durchgeführt werden und jede Gegenmaßnahme kriegerigistisch geahndet werden kann.

Bemerkenswert ist dabei, daß die Zeitungen vielfach genötigt werden, die entsprechenden Bekanntmachungen an erster Stelle auf der Titelseite zu bringen.

Für den Wahlkampf.

I. Deutschnationale Vernehmungen.

Infolge der niedrigen Kampfesweise der Deutschnationalen Partei sind bereits viele führende Männer dieser Partei den Käden gefehrt, und weitere Austritte aus demselben Grunde erfolgen täglich. Trotzdem fährt die Partei in ihrer unveränderlichen Kampfesweise gegen die Demokratie fort und hat dabei einen solchen Grad erreicht, daß die Kandidaten dieser Partei es nicht me über sich gewinnen, sie zu beden. Als Beispiel dienen folgender Vorfälle.

In Weiskalen-Ost verkehrte die Deutschnationale Volksliste gleichzeitig einer von ihrem führenden Kandidaten, Herrn Richter abgehaltenen Versammlung ein gegen die Demokratie gerichtetes Flugblatt, in dem die Wähler vor der demokratischen Partei gewarnt wurden, da diese nicht mehr zu den bürgerlichen Parteien gezählt werden könne. Der Vorkühende der Demokratischen Partei in Weiskalen-Ost las in der Diskussion Herr Demeter die betreffende Stelle vor, bezeichnete sie als eine schamlose Verleumdung und forderte den deutschnationalen Kandidaten auf, ihm Beweise für diese bodenlos niedrige Verleumdung zu erbringen.

II. Die Wähler für die Deutschnationalen.

In den letzten Tagen wurde ein Wahlzettel verbreitet, das mit dem bekannten Hakenkreuz der Wählertruppe unterzeichnet ist und in derselben bodenlos gemeinen Weise, wie sie oben kurz gekennzeichnet wurde, gegen die Demokraten, Herr Demeter, ein verächtliches Schmähstück ein gegen die Demokratie zusammenhängt mit dem Kaputtverbrechen, dem ja auch der deutschnationale Reichstagskandidat Herr Nollmann Schäger mit den Worten zufolge: „Was kaputt sollte, das sollte ich auch sein.“ Wenn nachher die tatsächlich längeren Parteiende des Herrn Schäfers über dieses offene Bekenntnis erwidert waren und die „Hollische Zeitung“ den Bericht machte, Herrn Schäfers damit herauszureden, daß er nur das sprachliche Programm nicht aber die Tat gemeint habe, so glaube ihr diese phantasische Dialektik kein Werk.

Demokratie und Beamtenschaft.

Reichsminister Koch über das neue Beamtengesetz.

Was erwartet der Beamte von der Demokratie? Die Antwort auf diese Frage gab in einer am Donnerstag Abend in Berlin eintreffenden großen Beamtenversammlung der Reichsminister Koch.

Als seine wichtigste und schönste Aufgabe betrachte es der Minister das neue Beamtengesetz zu schaffen. Den Beamtenausschüssen würden in Zukunft große Aufgaben zufallen, da sie als Vermittler zwischen dem Einzelnen und den Spitzen der Verwaltung zu dienen haben und das eigentliche ausführende Organ für den Beamten sein werden. Der Staat habe alles Interesse daran, daß wieder Zufriedenheit in den Kreisen der Beamten einzieht. Alle sie berührenden Fragen sollen daher zentralisiert werden, und man trage sich im Reichsministerium das Innere mit dem Plan, eine besondere Abteilung für Beamtenfragen einzurichten.

Der Minister ging dann weiter auf die wirtschaftliche Lage der Beamten und die Wohnungsreform ein. Die Verantwortung für diese Reform müsse er ablehnen, da sie über den Kreis der Beamten hinausgehe. Die Entwurfsarbeiten der letzten Woche habe zu einer turbulenten Art der Gesetzgebung geführt. Es hätte sich eine ordentliche und ordnungsmäßige Erledigung nur dann ergeben, wenn man mit den Wahlen zum neuen Reichstag bis zum Herbst gemartet und die Nationalversammlung bis dahin geformt hätte.

Für die Wohnungs- und Siedlungswesen.

verlor er eifrig Förderung. Er hatte es für seine Aufgabe, Jaung jeglicher Art fernzuzulassen, um nicht unsere knappen Wohnungsportionen und die künftigen Wohnungsverhältnisse noch weiter zu verschlechtern. Es müsse verlangt werden, daß die Beamten zunächst selbst einmal ein Heim finden.

Zum Gedächtnis Kurt Jahns.

Seit dem 22. Mai, sind fünf Jahre verfließen, doch einer der bestlebten Redner unserer Väterzeit, der außerordentliche Professor für deutsche Sprache und Literatur Dr. phil. Kurt Jahns sein Leben für das Vaterland lassen mußte, nachdem er am 20. Mai 1915 im Gefecht bei Bielefeld in Flandern tapfer verwundet worden war. Er war mit Frau und sechs Kindern am 12. August 1878 in Berlin geboren, hatte das Gymnasium 2. und 1. Klasse erhalten und war zuletzt Hauptmann der Reserve und Führer der 10. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 204. Unvergessen hat seinen Freunden und zahlreichen Schülern, hat der Tod des begabten und hoffnungsvollen jungen Lehrers auch in der Reihen der deutschen Literaturwissenschaftler eine schmerzliche Lücke gerissen; in diesen Reihen war insbesondere auch als Mitarbeitergehör der Jahresberichte für neuere deutsche Literaturgeschichte allgemein bekannt.

Kurt Jahns war am 21. November 1873 in Rastatt als Sohn des späteren Generalleutnants Dr. med. Emil Jahns geboren, behaltete die Gymnasien zu Stuttgart in Pommern und Bromberg und das Wilhelms-Gymnasium in Berlin und studierte 1893 bis 1896 in Berlin und Heidelberg deutsche Philologie, insbesondere Literaturgeschichte, sowie Kunstgeschichte, als Schüler der Professoren Karl Weinhold und des ungelieblichen Erich Schmidt, mit dem ihn später heftige Streitigkeiten verband. Nachdem er am 13. August 1898 sein Lehramt in Halle, hatte das Gymnasium, die Berufung seines großen Vaters „Goethes Diktion und Sprachkritik“ „Ammermanns Metrik“, 1899) die philologische Doktorwürde erlangt hatte, lebte er in Berlin wissenschaftlichen Arbeiten, habilitierte sich am 29. April 1906 in Halle mit der Schrift „Goethes Diktion zur Geschichte und Literatur“ und wurde 1907 zum ordentlichen Professor ernannt als Nachfolger von Prof. Winter, dem er als Ordinarius nach Erlangen berufen worden war. Unter Aufsehen in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlichte er u. a. noch: Joseph Freiherr von Eichendorff (1902) die Einleitung zu Eichendorffs Gedichten. Ausgewählte graphisch gezeichnete Prosaerzählungen des 19. Jahrhunderts von E. Strauß (Halle-Berlin-Ausgabe, 1902), Goethes autobiographische Schriften (Halle-Berlin-Ausgabe, 3 Bde., 1908-10) und Oswald von Guericke über die Naturwissenschaft in einem Schreiben an Samuel Richardson (1910). Es liegt zu hoffen, daß seine ungedruckten Aufzeichnungen über Augustinus und Kleinas Autobiographien von Gefundenen über herausgegeben werden. A. Hr.

„Warum ich meine Frau geheiratet habe.“

Gehändnisse von Gemännern.

„Wenn alle denselben Geselma hätten wie ich“, sagte ein alter Bauer zu einem anderen, „so hätten alle meine Frau geheiratet. Ich das nicht losbar.“

„Ja“, antwortete der andere, „aber noch wunderlicher scheint mir, daß wenn alle denselben Geselma hätten wie ich, keiner das alte Weib geheiratet hätte, das meine Frau ist.“

Es gibt in der Tat nur wenige Probleme, die so schwer zu ergänzen sind wie die Ursache für die Wahl der Lebensgefährtin. Und dabei handelt es sich um eines der interessantesten Probleme überhaupt. Ein englisches Blatt hat sich nützlich daran gemacht, dieses Rätsel in einer gewissen Anzahl von Fällen zu ergänzen und durch eine Umfrage festzustellen, warum so man gerade diese oder jene zur Begleiterin durchs Leben gewählt hat.

Die Ergebnisse sind in der Tat recht augenzwinkernd, und nicht selten sehr amant. Ich zitiere ein berühmtes Beispiel, daß es eine Frau geheiratet habe, weil sie die einzige Mensch war, der den Mut hatte, ihm rund heraus zu sagen, daß er nicht malen konnte. „Güldelweisse“, fügte er lachend hinzu, „habe ich jetzt angefangen, mich zu bessern, und ich hoffe, daß sie die freigesetzte Hand mir geben wird.“

Ein Kandidat in Dorfkirche gehend, er hätte sich in seine Frau verliebt, „weil sie so große rote Hände habe“. Er wurde, daß die Hände so gemundet waren, weil sie hart gearbeitet hatte, um ihrer alten Mutter, die Witwe war, und ihren beiden jüngeren Geschwestern zu helfen, und daraus lag er den weissen Schlab, daß sie eine gesunde Frau für ihn sein müsse.

Ein anderer erzählte, daß er sich zuerst zu seiner liebsten Frau hingezogen fühlte, weil sie die einzige in der Gemeinde war, die etwas von dem wußte, worüber er am vorhergehenden Sonntag gepredigt hatte, und die auch imstande war, über die besprochenen Fragen mit ihm zu unterreden.

Ein anderer Beamter verheiratete seine Gemahlin, indem er das hässliche Mädchen in der ganzen Gemeinde“ heiratete. „Benehmen wurde sie so von allen enttäuschten Männern geschädigt. Wie ihn später ein Freund fragte, was ihn an seiner Frau angezogen habe, antwortete er:

„Wenn ich dir aufzichtig sagen löte, so war es der Unfuh,“

daß sie das einzige Mädchen meiner Bekanntheit war, die keine schlechte Sache hatte. „Wie man sich vorstellen mag, war sie immer gleich freundlich, ob sie gemamt oder verlort, und das dachte ich: „Sie geht gut dazu, die Frau eines Wirtzers zu werden.“

Ein Wirtzer aus Demohire erzählt, daß er seine Frau geheiratet habe, weil sie häufig war und sich nicht scheute, das einzugehen, was er wollte. „Ich habe sie nicht mit einem einzigen anderen Mädchen in meinem Leben in der Nähe gesehen, und ich bin dankbar dafür, daß ich sie gefunden wurde.“

Ein er bestemmten Londoner Wirtzer traf seine Frau auf der Straße. Er ging eines Tages auf der Chancery Lane, als er bemerkte, daß sich eine Menge von einer Straßenengels fesselte. Er sagte sich, sie lieh sich ein Kind, und anah, der überfahren worden war. In diesem Augenblicke kam eine junge, sehr elegante Dame hinzu. Als sie das lebende Tier sah, hob sie es vorsichtig in einen Kratzen und fuhr mit ihm nach Hause. Der Anwalt merkte sich die Adresse, die sie aufgab, und nachdem er sich erkundigt hatte, wer sie war, suchte er ihre Bekanntheit zu machen, und es dauerte nicht lange, da war sie seine Frau.

Ein anderer Anwalt, der Mühe mehr als alles andere verabschiedete, heiratete seine Frau, weil sie, soweit er wußte, die einzige Dame in seinem Bekanntheit war, die nicht Klavier spielte. Ein anderer Mann — so notwendig ihm die weiblichen Notizen — daß er seine Frau heiratete, weil sie so gut Duett mit ihm sang.

Das lustigste Gebändnis, warum er sich verheiratete, liefert jedoch ein englischer Schriftsteller. „Ich verheiratete mich“, er zählt er, „weil ich nicht anders konnte.“ Er glaubte, meine Schwiegermutter muß mich hynponnieren haben, wenn in weniger als vier Monaten gelang es ihr, mich mit der am meisten geschätzten ihrer Tochter zu verloben, und zwei Monate darauf auch ich verheiratet. Das hätte ja nicht sein können, aber zum Glück sind meine Frau und ich sehr glücklich, und ich bin, aufzichtig gesagt, meiner Schwiegermutter dankbar.“



